



Fachgespräch 7. Februar 2008

## Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus

### Eine Bestandsaufnahme



Monika Lazar MdB, Timo Reinfrank (Amadeu Antonio Stiftung) Gegen Rechtsextremismus wirksam vorzugehen, ist seit vielen Jahren erklärtes Ziel verschiedener Bundesprogramme. Ihr lokaler Ansatz ist zu begrüßen, denn Demokratie wird zuerst im nahen Umfeld, in den Kommunen, erlebt und erlernt. Was aber, wenn Alltagsrassismus und Intoleranz dort bis in die gesellschaftliche Mitte als normal gelten? Wie weiter, wenn das Misstrauen gegenüber "fremd" Aussehenden durch politische Debatten über "Ausländerkriminalität" scheinbar legitimiert wird? Wer klärt auf, wenn der Bürgermeister öffentliche Nazi-Rituale als "Dumme-Jungen-Streiche" verharmlost? Leider fehlt in vielen Regionen ein offenes gesellschaftliches Klima der Vielfalt, Anteilnahme und Toleranz gänzlich. Es gilt also, die Zivilgesellschaft zu stärken.

Wie gut gelingt das mit den aktuellen Programmen? Dies war Thema eines Grünen-Fachgesprächs am 7. Februar 2008 im Deutschen Bundestag. Neun praxiserprobte ReferentInnen und rund 120 Fachleute aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger diskutierten miteinander und brachten ihre Kritik, Erfahrungen und Anregungen ein.

### Probleme der aktuellen Bundesprogramme



Grit Armonies, Wilfried Rexroth, Karl-Georg Ohse Durch die unter Rot-Grün begonnene Bundesförderung lokaler Projekte und Bündnisse sind sehr professionelle Strukturen entstanden. In Folge des Regierungswechsels wurde jedoch das bewährte Konzept entscheidend verändert. Für eine abschließende Bewertung der neu konzipierten Programme ist es zu früh. Vielerorts sind diese gerade erst richtig angelaufen. Erste negative Folgen der Umgestaltung sind jedoch schon heute zu beobachten:

1. Viele kleine, unabhängige Träger verloren durch die geforderte sehr hohe Kofinanzierung jede Chance auf Bundesgeld und schließen ihre Pforten.
2. Projektinhalte treten in den Hintergrund, weil die Personalressourcen durch eine ausufernde Antragsbürokratie gebunden sind.
3. Langfristige Prozesse und präventive Ansätze werden aus förderrechtlichen Gründen durch kurzfristige Kriseninterventionen abgelöst.

Will sich der Bund nicht auf "Alibi-Programmen" gegen Rechts ausruhen, muss er solche Probleme angehen. Die Vorschläge erfahrener Praktikerinnen und Praktiker dürfen dabei nicht außen vor bleiben. Die Programme gegen Rechtsextremismus müssen stärker an die Erfordernisse der täglichen Arbeit vor Ort angepasst werden.

### Die Bundesprogramme demokratischer gestalten

Bei der notwendigen konzeptionellen Weiterentwicklung der Programme sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Programmentwicklung und –umsetzung müssen demokratischer gestaltet werden. Erfahrene Fachleute und zivilgesellschaftliche Träger brauchen echte Beteiligungsrechte.
- Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung ist strukturelle Gleichberechtigung. Der Bund als Programminitiator trägt besondere Verantwortung dafür, das vorhandene Übergewicht staatlicher Definitionsmacht angemessen einzuschränken.
- Der Bund muss Qualitätsrichtlinien für Beteiligungsprozesse formulieren, die eine Mitwirkung der Zivilgesellschaft auch bei autoritärer oder ignoranter Verwaltungspraxis vor Ort sichern.
- Behörden müssen Vorbilder sein in Bezug auf Demokratie und Partizipation, um Programme gegen Rechtsextremismus glaubwürdig verwalten zu können.
- Bei der Evaluierung der neuen Programme sind die Ergebnisse der früheren Programme Civitas und entimon vollständig einzubeziehen, um eine kontinuierliche Nutzung erworbener Qualitätsstandards zu sichern.
- Fragwürdiges Konzept "Krisenintervention": Beratungsprozesse nur in "Krisenzeiten" zu fördern, ist kontraproduktiv. Wir brauchen verlässliche, dauerhafte Beratungsangebote, die eine prozesshafte, ganzheitliche Intervention ermöglichen.
- Fragwürdiges Konzept "Modellprojekte": Eine systematisches Auswerten und kontinuierliches Fördern bereits erprobter Angebote wäre sehr viel effizienter als immer neue "Modelle". Zudem scheitern gerade kreative kleine Träger an den viel zu hohen Kofinanzierungs-Forderungen des Bundes.
- Der Bund muss seine Öffentlichkeitsarbeit zu den Programmen verbessern. Opfer und Menschen mit Beratungsbedarf wissen oft nicht, wohin sie sich wenden können.
- Prävention und Intervention müssen zusammenwirken, um die Demokratie zu stärken, die Akzeptanz von Vielfalt zu fördern sowie unsere Gesellschaft gegen Nazi-Ideologien zu wappnen.

- Bewährte Angebote brauchen institutionelle Förderung. Existenzsicherung ist die Voraussetzung fachlicher Kontinuität gegen Rechtsextremismus.

Haben Sie Fragen zu diesem Artikel?

---

Quelle:

[http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/219/219547.bundesprogramme\\_gegen\\_rechtsextremismus.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/219/219547.bundesprogramme_gegen_rechtsextremismus.html)

© Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen 2008